

Hauptausschuss - Ö - vom 03.11.2009

1) TOP Bürger fragen

Keine.

2) TOP 10-098/09 Haushaltsplan 2010 - Schulbudget

Stadtrat Hall: Aus der vorgelegten Übersicht zur Entwicklung der Schulbudgets sei ersichtlich, dass bei den Grundschulen eine rückläufige Tendenz hinsichtlich der Höhe des Schulbudgets nicht zu verzeichnen sei, wohl aber bei den weiterführenden Schulen. Die Entwicklung bei den weiterführenden Schulen sollte deshalb besonders beobachtet werden. Wenn sich dabei ergeben sollte, dass die sächlichen Mittel für den Schulbetrieb nicht ausreichen, müsse je nach Bedarf nachgebessert werden. Ein positives Signal sei, dass die Schulleiter die Kürzungen im Jahr 2010 mittragen.

Stadtrat Rögele: Die SPD-Fraktion habe sich grundsätzlich gegen Kürzungen in den Bereichen Schulen, Kindergärten und Stadtjugendpflege ausgesprochen. Da die vorgeschlagene Kürzung der Schulbudgets nur für das Jahr 2010 gelte und die Schulleiter damit auch einverstanden seien, werde auch die SPD-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag zustimmen.

Oberbürgermeister Frei: Im kommenden Jahr sei im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wieder über die Höhe der Schulbudgets zu beraten. Wenn die Haushaltssituation ähnlich schlecht wie 2010 aussehe, müssten die Schulbudgets eventuell nochmals gekürzt werden.

Stadtrat Blaurock: Die Entwicklung der Sachkostenbeiträge halte er insbesondere bei den weiterführenden Schulen für sehr bedenklich. Er beantrage deshalb, die sächlichen Mittel für den Schulbetrieb nicht mit 26 %, sondern mit 27 % des Sachkostenbeitrags des Landes für die einzelnen Schularten festzusetzen.

Oberbürgermeister Frei: Auf die Höhe der Sachkostenbeiträge habe die Stadt keinen Einfluss. Diese errechne sich aus den tatsächlich angefallenen Schulkosten und der Zahl der Schüler insgesamt. Eine rückläufige Schülerzahl werde in der Zukunft vermutlich zu höheren Sachkostenbeiträgen führen.

Beschluss:

1. Die Information wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem Antrag von Stadtrat Blaurock, die sächlichen Mittel für den Schulbetrieb anstatt mit 26 % mit 27% des Sachkostenbeitrags des Landes festzulegen, wird nicht zugestimmt.

(11 Nein, 1 Ja)

3. Aufgrund der schwierigen Haushaltssituation wird für das Haushaltsjahr 2010 der Reduzierung des Budgetanteils „sächliche Mittel für den Schulbetrieb“ von 28,5 % auf 26 % des Sachkostenbeitrags des Landes zugestimmt.

(11 Ja, 1 Enthaltung)

3) TOP 80-039/09 Vereinsförderung - Investitionszuschüsse 2010

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

4) TOP 20-043/09 Haushalt 2010 - Beratung der Budgets des Verwaltungshaushalts

Beratungen der Budgets des Verwaltungshaushalts

Oberbürgermeister Frei: Zum Verwaltungshaushalt habe sowohl die GUB als auch die CDU einen Antrag auf pauschale Kürzungen eingebracht. Der Antrag der GUB sehe vor, alle Budgets entsprechend den im zweiten Nachtragshaushalt für 2009 vorgenommenen pauschalen Kürzungen zu reduzieren. Die CDU habe beantragt, 2010 einzelne Finanzpositionen wie folgt zu kürzen:

- Finanzposition 5008 Kürzung um 10 %
- Finanzposition 5108 Kürzung um 5 %
- Finanzposition 5200 Kürzung um 10 %
- Finanzposition 6508 Kürzung um 10 %
- Finanzposition 6518 Kürzung um 10 %
- Finanzposition 6520 Kürzung um 10 %

Der GUB Antrag sei der weitergehende Antrag. Es sei deshalb zuerst über diesen Antrag abzustimmen. Eine Zustimmung zu diesem Antrag bewirke eine Reduzierung der Ausgaben im Verwaltungshaushalt um 105.200 € zuzüglich der pauschalen Kürzung der Schulbudgets mit 52.300 €. Die Zustimmung zum Antrag der CDU-Fraktion führe zu einer Reduzierung der Ausgaben in Höhe von 129.000 € inklusiv der pauschalen Kürzung der Schulbudgets in Höhe von 52.300 €.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Mit der Budgetkürzung nach dem Vorschlag der GUB werde ein positives Zeichen gesetzt und der Sparwille der Verwaltung zusätzlich unterstützt. Sie vertraue darauf, dass die Verwaltung mit den Kürzungen in diesem Umfang zurecht kommen werde. Wenn das Geld am Ende des nächsten Jahres knapp werden sollte, könne mit dem Gemeinderat über eine Erhöhung der Budgets gesprochen werden.

Stadtrat Hall: Die CDU werde dem Antrag der GUB-Fraktion zustimmen.

Oberbürgermeister Frei: Die Verwaltung sei mit dem Haushaltsentwurf und den Ansätzen im Verwaltungshaushalt schon an die Grenzen gegangen. Es sei zu berücksichtigen, dass in den letzten Jahren trotz Personalabbau und einem Mehr an Arbeit immer gute Leistungen erbracht worden seien.

Stadtrat Vetter: Er spreche sich gegen die Kürzung sämtlicher Budgets wie im zweiten Nachtragshaushalt 2009 aus. Bei den Schulbudgets sei dies anders zu sehen. Bei diesen sei die in der vergangenen Woche beschlossene Budgetkürzung in Ordnung. Die Verwaltung habe die Budgets bis zur Schmerzgrenze gekürzt. Bei einer weiteren Kürzung könnten auch wichtige Dinge nicht mehr erledigt werden. Er werde deshalb gegen die Anträgen der GUB und auch der CDU stimmen.

Stadtrat Hall: Im Jahr 2010 und auch sicherlich in den kommenden Jahren könne aufgrund der Finanzsituation nicht alles auf optimalem Stand gehalten werden. Die Verwaltung habe zu entscheiden, was wichtig und notwendig sei. Sie müsse dann gemeinsam mit dem Gemeinderat Prioritäten setzen. Die pauschalen Kürzungen um 10 % bedeuten einen erheblichen Einschnitt in die Finanzen. Es sei aber möglich, auch im laufenden Haushaltsjahr zu reagieren, wenn bemerkt werde, dass die beschlossenen Ansätze nicht ausreichen.

Stadtrat Blaurock: Die Ansätze im Entwurf seien schon am unteren Limit. Weiter gehende Kürzungen halte er nicht für möglich. Er werde deshalb gegen eine weitere Kürzung der Budgets stimmen.

Stadtrat Kuttruff: Im Bereich der Grundstücks- und Gebäudeunterhaltung sei schon sehr stark gekürzt worden. Trotzdem werde sich die FDP/FW-Fraktion weiteren Einsparungsmöglichkeiten nicht verschließen.

Steuerungs- und Servicebudgets

Unterabschnitt 0610 EDV

Herr Zimmermann I: Aus technischen Gründen müsse eine neue Telefonanlage für die Stadtverwaltung beschafft werden. Für die dafür anfallenden Leasingraten seien im Entwurf des Haushaltsplanes 11.000 € eingestellt. Die bei der Beratung der mittelfristigen Finanzplanung im vergangenen Jahr aufgezeigte mögliche Notwendigkeit zur Erneuerung des EDV-Netzes im Zusammenhang mit der Neubeschaffung einer Telefonanlage habe sich im Rahmen einer externen Beratung nicht bestätigt. Es sei vorgesehen, eine so genannte Hybrid-Telefonanlage zu beschaffen. Diese könne zu gegebener Zeit auf die Voice-over-IP-Technik umgestellt werden. Dringend notwendig sei es aber, die aktiven Komponenten des EDV-Netzes zu erneuern. Haushaltsmittel hierfür seien im Vermögenshaushalt veranschlagt.

Hauptbudget Amt 10

Unterabschnitt 0002 Städtepartnerschaften

Herr Zimmermann I: Für die im kommenden Jahr geplante Japanreise einer offiziellen Delegation seien im Entwurf des Haushaltsplanes 8.000 € veranschlagt. Wegen der notwendigen Brutto-Veranschlagung seien im Haushaltsplanentwurf auch die Reisekosten einer möglichen Bürgerdelegation enthalten. Diese seien aber durch entsprechende Einnahmen aus den Kostenbeteiligungen der Reisetilnehmer wieder gedeckt.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Sie beantrage, die für die Japanreise einer offiziellen Delegation vorgesehenen Haushaltsmittel aus dem Entwurf des Haushaltsplanes zu streichen. Den Bürgern sei bei der derzeitigen Haushaltslage eine solche Ausgabe nicht vermittelbar.

Stadtrat Hall: Die Absage der geplanten Reise von Donaueschinger Seite würde in Kaminoyama als ein negatives Signal für die Weiterentwicklung der Städtepartnerschaft aufgefasst.

Bürgermeister Kaiser: Alle drei Städtepartnerschaften seien auf einem hervorragenden Stand, weil sie auch von Donaueschinger Seite in der notwendigen Weise gepflegt worden seien. In Kaminoyama würde es vermutlich nicht gut ankommen, wenn der für das kommende Jahr geplante Besuch von Herrn Oberbürgermeister Frei von Donaueschinger Seite abgesagt würde. Herr Frei sei dann schon sechs Jahre im Amt, ohne der japanischen Partnerstadt einen Besuch abgestattet zu haben.

Stadtrat Blaurock: Auch er finde es sinnvoll und wichtig, dass im kommenden Jahr eine offizielle Delegation nach Kaminoyama reise. Hinsichtlich des Hauptbudgets von Amt 10 beantrage er, bei den Schulen auf der Finanzposition „Unterhaltung der Grundstücke“ 58.000 € mehr einzustellen und im Unterabschnitt 8210 (Ringzug) die Betriebskostenumlage in Höhe von 42.000 € zu streichen.

Beschluss: 1. Dem Antrag von Stadträtin Dr. Jarsumbek, die Kosten für die Japanreise und somit auch die Japanreise im Jahr 2010 zu streichen, wird nicht zugestimmt.

(9 Nein, 2 Ja, 1 Enthaltung)

2. Dem Antrag von Stadtrat Blaurock, die Kosten für die Unterhaltung der Grundstücke bei den Schulen um 58.000 € zu erhöhen, wird nicht zugestimmt.

(10 Nein, 1 Ja, 1 Enthaltung)

3. Dem Antrag von Stadtrat Blaurock, die Betriebskostenumlage beim Unterabschnitt 8210 (Ringzug) in Höhe von 42.000 € zu streichen, wird zugestimmt.

(einstimmig)

Hauptbudget Amt 32

Unterabschnitt 1150 Bußgeldstelle

Herr Zimmermann II: Der Einnahmenansatz für Verwarnungs- und Bußgelder in Höhe von 410.000 € müsse um 20.000 € reduziert werden wenn der Gemeinderat im Vermögenshaushalt für die Anschaffung des neuen mobilen Radarmessgeräts die veranschlagten Haushaltsmittel streiche.

Unterabschnitt 1160 Waffenrecht

Oberbürgermeister Frei: Die Verschärfung des Waffenrecht halte er für Placebopolitik, die vermutlich nicht zu mehr Sicherheit führe. Im Ergebnis seien es die Kommunen, die nach jetzigem Sachstand für die Mehrkosten aufzukommen haben. Vorgegeben sei, dass zwei Bedienstete der Stadt die Lagerung der Waffen und Munition bei den einzelnen Waffenbesitzern kontrollieren. Der Städtetag Baden-Württemberg prüfe derzeit noch, welche Auswirkungen das neue Waffenrecht für die Unteren Verwaltungsbehörden habe. Er werde für die Stadt gewährleisten, dass diese die gesetzlichen Vorgaben erfülle, werde aber auch prüfen, ob die zusätzlichen Ausgaben für die Stadt über Verwaltungsgebühren voll refinanziert werden können.

Herr Zimmermann I: Bei der Stadt seien für Einwohner der Stadt rund 500 Waffenbesitzkarten ausgegeben.

Hauptbudget Amt 50

Stadtrat Blaurock: Er beantrage, den von der Verwaltung bei den Kindergärten um 19.000 € reduzierten Haushaltsansatz für die Unterhaltung der Grundstücke wieder im ursprünglichen Umfang in den Haushalt zu übernehmen.

Beschluss: Dem Antrag von Stadtrat Blaurock, wird nicht zugestimmt.

(8 Nein, 3 Ja, 1 Enthaltung)

Hauptbudget Amt 60

Unterabschnitt 6900 Wasserläufe

Stadtrat Vetter: Bei der Haushaltsstelle 1.6900.5108.000 (Drainageleitung) solle der Ansatz von 15.000 € auf 20.000 € erhöht werden. Nach seinem Kenntnisstand seien in diesem Bereich in großem Umfang Unterhaltungsmaßnahmen durchzuführen. Dies werde einen höheren Aufwand bewirken.

Beschluss: Dem Antrag von Stadtrat Vetter, wird nicht zugestimmt.

(6 Nein, 4 Ja, 2 Enthaltungen)

Unterabschnitt 6700 Straßenbeleuchtung

Stadtrat Blaurock: Der Ansatz der Haushaltsstelle 1.6700.5108.000 (Umrüstung von Straßenbeleuchtung) solle von 10.000 € auf 40.000 € erhöht werden.

Beschluss: Dem Antrag von Stadtrat Blaurock wird nicht zugestimmt.

(9 Nein, 2 Ja, 1 Enthaltung)

Unterabschnitt 8800 Bebaute Grundstücke

Stadtrat Blaurock: Der Ansatz bei der Haushaltsstelle 1.8800.5008.000 (Energiesparmaßnahmen) solle von 30.000 € auf 50.000 € erhöht werden.

Beschluss: Dem Antrag von Stadtrat Blaurock, wird nicht zugestimmt.

(11 Nein, 1 Ja)

Stadtrat Vetter: Er beantrage, für die Renovierung des Gebäudes „Grüner Baum“ in der Baarstraße in Pfohren Haushaltsmittel zu veranschlagen. Die Maßnahme sei dringend erforderlich.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Aus ihrer Sicht stelle sich die Frage, ob eine Renovierung dieses Gebäudes überhaupt Sinn mache.

Bürgermeister Kaiser: Die Verwaltung prüfe immer, ob auf einzelne Objekt verzichtet werden könne. Dieses Objekt werde als Obdachlosenunterkunft genutzt. Das Amt für öffentliche Ordnung, das Obdachlose unterzubringen habe, könne auf dieses Objekt nicht verzichten.

Beschluss: Dem Antrag von Stadtrat Vetter wird nicht zugestimmt.

(5 Nein, 4 Ja, 3 Enthaltungen)

Oberbürgermeister Frei: Mit der heutigen Beratung des Verwaltungshaushaltes sei eine Verbesserung um 218.900 € erreicht worden. Für den Ausgleich des Haushalts sei somit noch ein Minus in Höhe von 777.800 € auszugleichen.

Beschluss:

1. Dem Antrag von Stadträtin Dr. Jarumbek, die Verwaltungsbudgets pauschal um 10 % zu kürzen, wird zugestimmt.

(6 Ja, 5 Nein, 1 Enthaltung)

2. Die Ergebnisse aus den Beratungen zu den Budgets des Verwaltungshaushaltes werden dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen.

(einstimmig)

5) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Keine.